



15. Juni 2022

Schriftliche Anfrage

von Islam Alijaj (SP)

Durch den kürzlich erschienen Zeitungsartikel im Tages-Anzeiger über den Fall von Peter Buri aus dem Kanton Bern, welcher mit seinem Mitbewohner wegen Ergänzungsleistungs-Kürzungen allenfalls aus seiner WG ausziehen muss. Grund dafür ist, dass durch die Kürzungen das nötige Geld für das Weiterbestehen der WG fehlen wird. Nicht nur eine IV finanzierte persönliche Assistenz, sondern auch barrierefreie und bezahlbare Wohnorte sind für ein selbstverantwortliches Leben von Menschen mit Behinderungen nötig.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Entscheidungshoheit hat der Stadtrat bezüglich des selbstbestimmten Wohnens, unter anderem für Menschen mit Behinderungen, um dies zugänglich und bezahlbar zu machen?
2. Was wird konkret im Bereich der zugänglichen und bezahlbaren Wohnungen für Menschen mit Behinderungen auf Stadtebene bisher getan, damit sie nicht auf einen Heimplatz angewiesen sind?
3. Welche Massnahmen werden getroffen, um die negativen Folgen der Ergänzungsleistungs-Kürzungen, die mit der letzten EL-Revision in Kraft getreten sind, abzufedern, damit die Existenz von WGs und anderen Wohnformen für Menschen mit Behinderungen weiterhin gewährleistet werden kann?